

Hongkong
fünfzehn Jahre
danach

Scheidungskind auf Selbstsuche

Thomas Awe/Bianca Diers

Nach 155 Jahren unter britischer Herrschaft übergab das Vereinigte Königreich am 1. Juli 1997 Hongkong an China zurück. Der „duftende Hafen“ nahm damit Abschied von einem Souverän, der durch eine liberale Wirtschaftspolitik und niedrige Steuersätze Hongkong zu einem der wichtigsten Finanzzentren Asiens gemacht hatte. Optimisten waren überzeugt davon, dass die Eingliederung reibungslos verlaufen und die Wirtschaft weiterhin florieren würde. Pessimisten glaubten dagegen an die vollständige Assimilierung der Region durch Festlandchina und die zwangsläufige Aufgabe von Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Fünfzehn Jahre danach hat sich weder das eine noch das andere bewahrheitet. Entstanden ist ein Hybridwesen, das sowohl westliche als auch chinesische Charaktereigenschaften vereint und, weiterhin auf der Suche nach der eigenen Identität, um Freiheit und Selbstbestimmung ringt.

Peking hat seine Hand im Spiel

Unter der Prämisse, dass Hongkong weitere fünfzig Jahre Souveränität genießen würde, willigte die britische Regierung in die Rückgabe seiner Kronkolonie ein. Deng Xiaoping versprach weitgehende innenpolitische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Autonomie – eine Zusage, an die sich Peking bis heute hält. Gleichwohl ist der Regierungsapparat Hongkongs nicht gänzlich frei vom Einfluss des Festlands. Laut Hongkongs Verfassung, dem *Basic Law*, genießt die Sonderverwaltungsregion (SVR) zwar größtenteils exe-

kutive, legislative und judikative Unabhängigkeit, doch untersteht sie direkt der Zentralregierung in Peking, die über alle außen- und verteidigungspolitischen Angelegenheiten entscheidet. Auch bei den Wahlen des Regierungschefs (*Chief-Executive*) greift die politische Führung Chinas mithilfe von mehrheitlich peking-treuen Wahlkomitees in das politische Geschehen ein.

Die Mehrheit der Hongkonger Bevölkerung wünscht sich allgemeine und freie Wahlen. Den Bewohnern der Stadt wurde 1997 ein allgemeines Wahlrecht in Aussicht gestellt, doch haben sie bis heute nur Mitbestimmungsrecht bei Bezirks- und Parlamentswahlen. Der Regierungschef wird nicht vom Volk gewählt. Trotz der verfassungsrechtlichen Garantie einer schrittweisen Demokratisierung durch das Basic Law gibt es bisher keine Direktwahl von Regierungschef und Parlament. Die Entscheidung über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts müsste vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses gefällt werden. Die chinesische Regierung hat zwar einen ungefähren Implementierungszeitraum festgesetzt – die ersten allgemeinen Wahlen für den *Chief-Executive* sollen demnach 2017 und für das Parlament 2020 stattfinden –, doch gelang es Peking bisher, durch findige Umgehungsstrategien eine Konkretisierung dieser Pläne zu verhindern.

Schere in den Köpfen

Hongkong weist eine facettenreiche Medienlandschaft auf. Es gibt eine Band-

Ein Auktionshaus in Hongkong zeigt das Gemälde „Hats Series – Armed Forces“ des chinesischen Künstlers Yue Minjun, 2009.

© ullstein bild – Reuters/BOBBY YIP



breite an verschiedensprachigen Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehsendern und Hörfunkkanälen. Ungeachtet dieser Vielfalt, sehen sich die Bürger der Stadt seit Jahren mit dem Rückgang der Pressefreiheit konfrontiert. In der Sonderverwaltungszone gibt es keine staatliche Zensur, doch unterziehen sich insbesondere chinesischsprachige Medien einer „freiwilligen“ Selbstzensur. Die Zentralregierung hat Mittel und Wege gefunden, Druck auf die ortsansässigen Verlagshäuser auszuüben. Wer die Machthaber in Peking zu sehr reizt, muss damit rechnen, wichtige Anzeigenkunden und damit eine Haupteinnahmequelle zu verlieren. Hinzu kommt, dass eine kleine Gruppe pekingtreuer und profitorientierter Großverleger den lokalen Medienmarkt dominiert. Als Resultat hat die kritische Berichterstattung über das Mutterland sehr stark abgenommen. Trotz dieser Tendenz sind

Hongkongs Medien noch weit entfernt davon, sich gänzlich der chinesischen Presselandschaft anzugleichen. Westliche Medien sind als Gegenpol zu präsent, als dass sich eine vollständige Umorientierung vollziehen könnte. Weitere Hoffnungsträger sind Medienakteure, die den schwierigen Balanceakt zwischen journalistischer Glaubwürdigkeit und politischem Druck meistern, indem sie sowohl regierungskritische als auch befürwortende Meinungen nebeneinander darstellen. Umfragen als „objektive“ Indikatoren und der vermehrte Gebrauch von politikfernen Experten als Kommentatoren sind weitere Strategien, um eine detaillierte und dennoch professionelle Berichterstattung zu gewährleisten.

Ein zwiegespaltenes Verhältnis

Die Wirtschaft hat durch die Angliederung an die Volksrepublik nichts von ih-

rer Prosperität einbüßen müssen. Auch heute gehört Hongkong zu den wohlhabendsten Volkswirtschaften der Welt. Trotzdem ist die Stadt von einem enormen Wohlstandsgefälle betroffen. Nicht jeder profitiert von der Einträglichkeit der Hafenmetropole. Mittel- und Geringverdiener haben im Vergleich zu 1997 aufgrund von Inflation und steigenden Immobilienpreisen deutlich an Lebensqualität verloren. Diese Missstände führen zunehmend zu Frustration, die sich besonders gegen das Mutterland richtet.

Mehr und mehr reiche Festlandchinesen strömen nach Hongkong, um dort Geld auszugeben. Sie erwerben unter anderem Wohnungen und diverse Luxusgüter von renommierten chinesischen und westlichen Einzelhandelsketten. Steigende Quadratmeterpreise und eine zunehmende Verdrängung wettbewerbsunfähiger Kleinunternehmer sind die Folge. Werdende Mütter aus der Volksrepublik, die sich eine bessere medizinische Versorgung erhoffen, bringen ihre Kinder in Hongkonger Krankenhäusern zur Welt und reizen damit die Kapazitäten der Kliniken aus. Den Einheimischen setzt dieser Ansturm zu. Die Einflussnahme der Zugereisten führt in der Stadt vermehrt zu anti-chinesischen Ressentiments, die sich bisher durch vereinzelte Proteste und Hetzkampagnen im Internet manifestiert haben. Die derzeitige Antipathie lässt allerdings nicht auf eine grundsätzlich negative Einstellung zum Mutterland schließen. Vielen Hongkongern ist sehr wohl bewusst, wiesehr sie vom Aufstieg der Volksrepublik profitiert haben und wie lukrativ Touristen vom Festland für die eigene Wirtschaft sind.

Selbstbewusste Demokratiebewegung

Hongkong verfügt über eine eigene politische Kultur, die durch ausgeprägte zivilgesellschaftliche Strukturen und eine beeindruckenden Demokratiebewegung

geprägt ist. Besonders der 4. Juni 1989 stellt einen einschneidenden Moment für das Aufkeimen eines politischen Bewusstseins innerhalb der Hongkonger Gesellschaft dar. Seit diesem Datum versammeln sich jedes Jahr Zehntausende Menschen zu einer Mahnwache im Victoria-Park, um die Erinnerung an die Opfer des Tian'anmen-Massakers zu wahren. Durch das Gedenken an diejenigen, die im Kampf um Demokratie ihr Leben ließen, verleihen sie ihren eigenen Überzeugungen Ausdruck. Gleichzeitig untermauern sie das, was die Sonderverwaltungszonen im Wesentlichen vom Festland unterscheidet: das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Selbst nach der Vereinigung mit der Volksrepublik bewahren sich die Bürger der Stadt diese Tradition. Sie ist zu einem festen Bestandteil der örtlichen politischen Kultur und Identität geworden.

Demonstrationen werden von den Bewohnern Hongkongs, unabhängig von ihrer politischen Orientierung, als Grundrecht angesehen. Ob kleinere Versammlungen von Dutzenden Demonstranten oder Großkundgebungen, zu denen Zehntausende Menschen zusammenkommen, sie alle zeugen vom Willen der Bevölkerung, ihre Rechte zu gebrauchen und zu schützen. Massenaufmärsche, wie die Protestbewegungen von 2003, 2004 und 2012 belegen, dass besonders in Situationen, in denen die Hongkonger ihre Existenz bedroht sehen, mehrere Hunderttausend Demonstranten bereitwillig auf die Straße gehen. So geschehen auch am 1. Juli 2003, als mehr als eine halbe Million Demonstranten durch die Stadt marschierten, um gegen die Einführung eines Anti-Subversionsgesetzes vorzugehen. Am Ende musste die Regierung dem Druck der Bevölkerung nachgeben und ihren Gesetzesvorschlag zurückziehen. Die Freude über den „Sieg“ währte allerdings nicht lange. Nach weiteren Großdemonstrationen im Januar und Juli

2004, bei denen es um die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ging, entschied die Zentralregierung, alarmiert von der zunehmenden Forderung nach mehr Demokratie, allgemeine und freie Wahlen (damals für 2007 und 2008 anvisiert) aufzuschieben. Die Bürger Hongkongs seien noch nicht bereit für ein demokratischeres Wahlverfahren und Reformen müssten schrittweise eingeführt werden, hieß es aus Peking.

Das Interesse am politischen Geschehen ist in Hongkong sehr stark ausgeprägt. Politische Kampagnen und Debatten werden von den Stadtbewohnern mit großem Interesse verfolgt. Ein Merkmal, das sehr an westliche Demokratien erinnert. Die Wahlbeteiligung der Bürger variiert von Wahljahr zu Wahljahr. Besonders in Zeiten, in denen große politische Spannungen zu verzeichnen sind, machen viele Einwohner von ihrem Wahlrecht Gebrauch. 1998, ein Jahr nach Übergabe, strömten die Menschen in Massen zu den Urnen, um ein Zeichen für den Erhalt der Demokratie zu setzen. Auch 2004, nach den Großdemonstrationen gegen die Obstruktion der Demokratieentwicklung durch die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), war eine hohe Beteiligung zu beobachten. Je größer also die Gefahr, dass Freiheitsrechte ernsthaft beschnitten werden, desto mehr Widerstand regt sich in der Bevölkerung.

Die letzten fünfzehn Jahre haben für Hongkong viele Einschnitte gebracht. Peking respektierte nicht immer den hohen Grad an Autonomie, den es den Briten einst versprochen hatte, und hat bis heute vielfach in das politische Geschehen eingegriffen. In Folge verlangsamte sich der Demokratisierungsprozess, und wichtige Meilensteine des politischen Fortschritts wurden nicht gesetzt. Besonders die lokale Medienlandschaft wurde durch die Interventionen des Festlands in Mitleidenschaft gezogen. Die wirtschaftliche Interdependenz bewies sich für beide Seiten als profitabel, doch führen Einkommensdisparitäten und eine sinkende Lebensqualität zu Unzufriedenheit und verstärkter Antipathie.

Lackmustest Wahlen 2012

Darüber hinaus demonstrieren Hongkongs Bewohner einen Willen zur Demokratisierung, der in Asien seinesgleichen sucht. Das Bedürfnis nach Freiheit und Selbstbestimmung hat eine politische Kultur geschaffen, die sich weiterhin gegen die Obrigkeit behaupten kann. Hongkong weist eine zivilgesellschaftliche Unverwundlichkeit auf, die trotz des Einflusses der Zentralregierung eine starke Eigendynamik entwickelt hat. Diese wird auch in Zukunft weiter Bestand haben und die Demokratiebewegung vorantreiben. Das nächste entscheidende Ziel sind die allgemeinen Wahlen in 2017.

Die **Januar-/Februar**ausgabe 2013 der Politischen Meinung wird sich mit dem Thema Jugend befassen.

Freuen Sie sich auf ein neues Layout.

Wegen der Umstellung erscheint die kommende Ausgabe erst im Februar.